

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 25.09.2023 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	36

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

ab 15.30 Uhr

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Katja Faröß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Herr Bernd Schwarz

Herr Tobias Semmet

Herr Berthold Stegner

Herr Manfred Vogel

Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker
Frau Hannah Bender
Frau Iris Brandt
Herr Heiko Burkhart
Frau Judith Diener
Herr Peter Felber
Herr Robert Huber
Frau Annette Legleitner
Herr Roman Lill
Frau Talea Meenken
Herr Oliver Minakaran
Herr Karsten Schreiner
Frau Sandra Schulze-Gruchot

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Christoph Dörr
Frau Isabelle Faul
Herr Bernd Fischer
Herr Frederic Krämer
Herr Hans G. Pieper
Herr Ralph Stegner

Stadtwerke Pirmasens (TOP 10.2 + 10.3)
Kunstverein kunst & kultur (TO + P 2).
Daniel Theysohn Stiftung (TOP 2)
Kunstverein kunst & kultur (TOP 2)
Daniel Theysohn Stiftung (TOP 2)
Bauhilfe Pirmasens GmbH (TOP 9.3)

Abwesend:

Mitglieder

Frau Stefanie Eyrisch
Herr Frank Fremgen
Herr Jürgen Hartmann
Herr Florian Kircher
Herr Ralf Müller
Frau Sabine Schunk
Frau Annette Sheriff
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Konzept Pavillon k&k im Neufferpark;
3. Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB)
 - 3.1 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans FNP(2020)-Ä 001(WZ 132) im Bereich des Bebauungsplans WZ 132 „Im Stockwald“,
(Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie die Durchführung der weiteren Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung)
 - 3.2 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Bebauungsplanentwurf WZ 132 „Im Stockwald“
(Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie die Durchführung der weiteren Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung)
 - 3.3 Aufstellung des Bebauungsplans F 109 „Auf der Brach“
(Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie die Durchführung der weiteren Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung)
4. Vergabeermächtigungen
 - 4.1 Ausbau der nördlichen Ringstraße in Pirmasens;
Vergabeermächtigung
 - 4.2 Jugendhaus
Erteilung einer Vergabeermächtigung
5. Feststellung von Kostenvoranschlägen
 - 5.1 Neufeststellung des Kostenvoranschlages für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen 2023
6. Auftragsvergaben
 - 6.1 Tiefbauliche Arbeiten zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Bottenbacher Straße und Luitpoldstraße
 - 6.2 Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2023
7. Stadtwald; Änderung des § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages für die Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH
8. Schulsozialarbeit an Gymnasien

9. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der
 - 9.1 Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH; hier: Bestellung der Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2023
 - 9.2 Bio-Energie Pirmasens GmbH; hier: Übertragung der öffentlichen Ladestruktur für E-Fahrzeuge in Pirmasens
 - 9.3 Bauhilfe Pirmasens GmbH
 - 9.3.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2022
 - 9.3.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2022
 - 9.3.3 Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022
 - 9.3.4 Verrechnung der Jahresergebnisse 2017 bis 2022
 - 9.4 Rheinberger Besitzgesellschaft mbH & Co. KG
 - 9.4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2022
 - 9.4.2 Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022
 - 9.5 Rheinberger Verwaltungsgesellschaft mbH
 - 9.5.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2022
 - 9.5.2 Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022
10. Anträge der Fraktionen
 - 10.1 Information zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 12.12.2022 bzgl. "Modernisierung/Überarbeitung städtischer Gedenkveranstaltungen"
 - 10.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 14.09.2023 bzgl. „Schwimmsport für Vereine und Schulsport sichern“
 - 10.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.09.2023 bzgl. „Schließung Hallenbad“
11. Anfragen und Informationen

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

zu 2 Konzept Pavillon k&k im Neufferpark

Der Vorsitzende führt aus, die Villa sei Teil eines wunderschönen Gesamtensembles – Fabrik, Park und Villa. Die Villa stehe allerdings seit vielen Jahren leer und sei in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand.

Die Sanierungskosten für die vollständige Sanierung seien allerdings sehr hoch. Eine Generalsanierung sei für die Stadt alleine und ohne konkrete Nachnutzung finanziell nicht leistbar. Aufgrund der geringen Fläche sei die Villa auch für Investoren schwierig, denn ein wirtschaftlicher Betrieb für eine gewerbliche Nutzung sei wegen des relativ kleinen Gebäudes schwer möglich. Trotzdem sei er entschlossen, das Gebäude zu retten und nach Partnern zu suchen.

Eine hervorragende Idee habe der Stadt der Unternehmer Bernd Hummel zusammen mit dem Münchner Architekten Landau erarbeitet. Leider sei dieses Projekt aus verschiedenen Gründen nicht zustande gekommen. Hierüber habe die Presse ausführlich berichtet. Darüber sei er und viele Pirmasenser sehr traurig gewesen. Aber der Blick sei direkt wieder nach vorne gerichtet worden. Für eines sei die Diskussion jedoch gut gewesen. Denn es sei deutlich geworden, dass den Pirmasenserinnen und Pirmasensern der Neuffer-Park und die Neuffer-Villa sehr wichtig sei. Neue Partner mit neuen Ideen zu suchen lohne sich deshalb.

Danach sei zunächst ein ergebnisloses Bieterverfahren im Jahr 2022 gefolgt. Bei einem freien Angebot auf dem Markt seien viele Interessenten vorhanden gewesen. Diese hätten bis 7. August 2023 ein Konzept vorlegen sollen. Leider habe allerdings keiner der Interessenten am Ende ein Konzept eingereicht. Konkrete Kaufinteressenten mit einem passenden Konzept seien also nicht gefunden worden. Da er jedoch versprochen habe, eine alternative Lösung zu finden, sei parallel eine nichtgewerblichen Alternative gesucht worden.

Diese Alternative solle heute vorgestellt und ein Beschluss gefasst werden. Aus Sicht der Verwaltung sei dies eine hervorragende Lösung, die viele unterschiedliche Interessen in der Stadt vereine. Allerdings stecke für die Partner bereits eine Menge Arbeit in dem Projekt. Um das Konzept des „Kunstvereins Kunst Kulturvereins Pirmasens“ vorzustellen sei Herr Krämer und Frau Faul in der heutigen Sitzung anwesend. Unterstützt würde das Projekt durch die Liselott und Klaus Rheinberger Stiftung und die Daniel-Theysohn-Stiftung.

Herr Krämer stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) das Konzept „Pavillon k&k im Neufferpark“ vor.

Ratsmitglied Dr. Matheis zeigt auf, die Stadt identifiziere durch ihre Plätze, Gebäude und ihre Gesellschaft. Durch den Krieg sei allerdings 80% der Identität verloren gegangen. Klaus Rheinberger sei die Identität sowie die Erhaltung der vorhandenen Architektur ebenfalls sehr wichtig gewesen. Deshalb sei es von Anfang an klar gewesen, dass die Liselott und Klaus Rheinberger Stiftung dieses Projekt unterstütze und sich beteilige. Deshalb unterstütze die Stiftung dieses Projekt mit 150.000 €.

Herr Piper teilt mit, die Daniel-Theysohn-Stiftung sei von Herrn Dr. Matheis angesprochen worden. Daraufhin habe sich der Vorstand die Neuffervilla gemeinsam angeschaut. Da das Konzept überzeugt habe, habe der Vorstand beschlossen das Projekt zu unterstützen. Ge-

gegebenfalls könnten auch weitere Stiftungen bundesweit überzeugt werden dieses Projekt zu unterstützen.

Der Vorsitzende fügt hinzu, der Verein würde die Villa im Rohzustand sanieren. Hierbei würden sie durch befreundete Architekten und Baufirmen unterstützt. Außerdem würde der Verein Eigenleistungen erbringen. Hierzu sei auch eine Kooperation mit der Bauhütte Pfalz vorhanden.

Ein Erbbaurechtsvertrag über 30 Jahre solle zwischen der Stadt und dem Kunstverein geschlossen werden, wodurch das Grundstück weiterhin im Eigentum der Stadt bleibe. Die Beteiligung der Stadt an einem Teil der Sanierungskosten betrage rund 100.000 €. Die Pflege der Außenanlage verbleibe bei der Stadt, aber die Unterhaltskosten für das Gebäude trage vollständig der Verein.

Ratsmitglied Hussong erklärt, dieses Projekt sei sehr wichtig und zielführend für Stadt. Die Stadtratsfraktion SPD befürworte die Planung sowie den Ansatz. Der Antrag sei seitens der Stadtratsfraktion SPD am 26.09.2020 gestellt und am 05.10.2020 nochmals aufgerufen worden. Nun sei wichtig, dass das lose Aufgeschriebene von damals umgesetzt werde. Für die Stadtgesellschaft sei dieses Vorhaben sehr gut und er bedanke sich bei den Stiftungen für die Unterstützung. Durch die Stiftungen und den Verein könne das Projekt sehr erfolgreich werden.

Ratsmitglied Wölfling bedankt sich für die Vorstellung des Konzeptes und die Spenden.

Ratsmitglied Vogel erklärt, die Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei sehr froh, dass nun ein Konzept vorliege. Durch dieses Projekt bleibe das Gesamtbild bestehen. Er bedankt sich für das Engagement.

Ratsmitglied Weber zeigt auf, grundsätzlich sei es gut, dass nun etwas passiere. Mit dem Projekt von Herrn Hummel hätte schon längst etwas verändert werden können. Allerdings seien die Stadtratsfraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen gegen das Vorhaben gewesen. Er fragt an, ob die Beteiligung der Stadt eine freiwillige Leistung darstelle.

Der Vorsitzende bejaht dies.

Daraufhin erfragt Ratsmitglied Weber wie dies finanziert würde und ob die ADD dies beanstanden könne.

Der Vorsitzende erklärt, die Stadt müsse sich das Vorhaben, die Villa zu erhalten, leisten können. Finanziert würde das Vorhaben über den Haushalt des Gebäudemanagements.

Ratsmitglied Hussong ergänzt, die Stadt habe die Verkehrssicherungspflicht und mit dieser Argumentation könne die Ausgabe bei der ADD erklärt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, bei einer unabweisbaren Maßnahme habe die ADD bisher nichts beanstandet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen, schließt er diesen.

zu 3 **Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB)**

zu 3.1 **Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB); 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans FNP(2020)-Ä 001(WZ 132) im Bereich des Bebauungsplans WZ 132 „Im Stockwald“, (Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung so- wie die Durchführung der weiteren Öffentlichkeits- und Behördenbeteili- gung) Vorlage: 1690/I/61/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 30.05.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans nach § 3 Abs. 1 BauGB keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans nach § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß der Abwägungsempfehlung der Verwaltung entschieden ([Anlage 2b](#)).
3. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Nachbargemeinden an der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans nach § 2 Abs. 2 BauGB keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre ([Anlage 2c](#)).
4. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Naturschutzverbände an der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans nach § 18 i.V.m. § 63 BNatSchG keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre ([Anlage 2d](#)).
5. Die Änderung des räumlichen Geltungsbereichs der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans FNP(2020)-Ä 001(WZ 132) im Bereich des Bebauungsplans WZ 132 „Im Stockwald“, gemäß [Anlage 3](#) wird beschlossen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, anhand des vorliegenden Vorentwurfs der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans FNP(2020)-Ä 001(WZ 132) im Bereich des Bebauungsplans WZ 132 „Im Stockwald“, ([Anlage 4](#)) die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erneut zu beteiligen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, anhand des vorliegenden Vorentwurfs der 1. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans FNP(2020)-Ä 001(WZ 132) im Bereich des Bebauungsplans WZ 132 „Im Stockwald“, ([Anlage 4](#)) die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erneut zu beteiligen.

**zu 3.2 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Bebauungsplanentwurf WZ 132 „Im Stockwald“
(Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung so-
wie die Durchführung der weiteren Öffentlichkeits- und Behördenbeteili-
gung)
Vorlage: 1673/II/61/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 09.05.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Über die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung des Bebauungsplans WZ 132 wird gemäß Abwägungsempfehlung der Verwaltung entschieden ([Anlage 2a](#)).
2. Über die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Aufstellung des Bebauungsplans WZ 132 wird gemäß Abwägungsempfehlung der Verwaltung entschieden ([Anlage 2b](#)).
3. Es wird festgestellt, dass bei der Beteiligung der Nachbargemeinden an der Aufstellung des Bebauungsplans WZ 132 keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre. ([Anlage 2c](#)).
4. Es wird festgestellt, dass bei der Beteiligung der Naturschutzverbände an der Aufstellung des Bebauungsplans WZ 132 keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre ([Anlage 2d](#)).
5. Die Änderung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans WZ 132 „Im Stockwald“ sowie die Änderung des Gebietstyps von „Allgemeines Wohngebiet“ in „Dörfliches Mischgebiet“ gemäß [Anlage 3](#) wird beschlossen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan WZ 132 eine erneute frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan WZ 132 eine erneute frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

**zu 3.3 Aufstellung des Bebauungsplans F 109 „Auf der Brach“
(Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung so-
wie die Durchführung der weiteren Öffentlichkeits- und Behördenbeteili-
gung)
Vorlage: 1737/II/61/2023**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 29.08.2023.

Ratsmitglied Heil bittet über den Punkt 7 einzeln abzustimmen. Die Punkte 1-6 könnten zusammen abgestimmt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der Aufstellung des Bebauungsplans F 109 keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre ([Anlage 2b](#)).
2. Über die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Aufstellung des Bebauungsplans F 109 wird gemäß der Abwägungsempfehlung der Verwaltung entschieden ([Anlage 2c](#)).

3. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der Beteiligung der Nachbargemeinden an der Aufstellung des Bebauungsplans F 109 keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre (*Anlage 2d*).
4. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der Beteiligung der Naturschutzverbände an der Aufstellung des Bebauungsplans F 109 keine Sachverhalte vorgebracht wurden, über die zu entscheiden wäre (*Anlage 2e*).
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB an der Aufstellung des Bebauungsplan F 109 „Auf der Brach“ zu beteiligen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB an der Aufstellung des Bebauungsplan F 109 „Auf der Brach“ zu beteiligen.

Der Stadtrat beschließt bei 4 Gegenstimmen mehrheitlich:

7. Der Entwurf des Bebauungsplans F 109 „Auf der Brach“, bestehend aus Planzeichnung, Textlichen Festsetzungen und Begründung (*Anlagen 3a-c*) ist Bestandteil des Beschlusses und den Beteiligungen zu Grunde zu legen.

zu 4 Vergabeermächtigungen

zu 4.1 Ausbau der nördlichen Ringstraße in Pirmasens Erteilung einer Vergabeermächtigung Vorlage: 1736/II/66.2/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 28.08.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Dem Ausbau der nördlichen Ringstraße wird zugestimmt. Die Kosten wurden anhand der auszubauenden Fläche und den momentan aktuellen Kosten pro m² Verkehrsanlage geschätzt, und auf

€ 770.000,00 brutto

festgestellt.

2. Der Oberbürgermeister bzw. der Beigeordnete aus dessen Geschäftsbereich die Maßnahme stammt wird ermächtigt, im Rahmen der obigen Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **€ 154.000,00 brutto (20%)** die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrende Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Nummern **5416080075, 5416080099, 5416080088, 541100.52440001 und 114200.04810000** abgerechnet.

zu 4.2 Jugendhaus
Erteilung einer Vergabeermächtigung
Vorlage: 1744/II/65.2/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 07.09.2023.

Ratsmitglied Faroß-Göller bedankt sich bei allen Mitarbeitern des Jugendhauses für ihren Einsatz. Weiterhin sei der Zusammenschluss der Jugendherberge und des Jugendhauses sehr wichtig und sie freue sich auf den Beginn.

Ratsmitglied Schwarz bedankt sich ebenfalls für die offene Jugendarbeit. Allerdings hätte man mit dem neuen Jugendhaus schon weiter sein können, hätte die Stadt nicht nach anderen Möglichkeiten gesucht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Umbau- und Sanierungsmaßnahme "89 Jugendhaus" wurde in der Stadtratssitzung vom 27.06.2022 zugestimmt und die qualifizierte (Gesamt)-Kostenschätzung auf insgesamt

€ 5.474.000,00 € brutto

festgestellt.

2. Der Bürgermeister als zuständiger Dezernent für den Bereich Kommunales Bauen, wird ermächtigt, im Rahmen der qualifizierten (Gesamt)-Kostenschätzung zuzüglich einer Karenz von maximal **500.000 €** die entsprechenden Aufträge zu erteilen.

Die Finanzierung erfolgt über Investitions-Nr. 5117030013 „LZ Innenstadt – Neues Jugendhaus; Joßstraße“

zu 5 Feststellung von Kostenvoranschlägen

zu 5.1 Neufeststellung des Kostenvoranschlages für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen 2023
Vorlage: 1758/II/66.2/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes am 15.09.2023.

Er fügt hinzu, bereits vor der Sommerpause sei der barrierefreie Umbau von Bushaltestellen auf der Tagesordnung gewesen. Allerdings musste diese zurückgezogen werden, da die Mindestbietende Firma die erforderlichen Nachweise vorgelegt habe und aus dem Bieterverfahren ausgeschlossen werden musste.

Ratsmitglieder Deny führt aus:

„Barrierefreie Bushaltestellen sind ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel. Die Politik hat das erkannt und festgeschrieben, dass alle Bushaltestellen bis 01.01.2022 vollständig barriere-

refrei sein müssen, sofern der örtliche Nahverkehrsplan keine Ausnahmen vorsieht. So gesehen sind wir erheblich in Verzug.

Die Barrierefreiheit verbessert den ÖPNV und hat einen positiven Effekt auf alle Fahrgäste. Die Barrierefreiheit ist allerdings nur ein Grundelement. Wir geben ½ Mio. € für 12 barrierefreie Bushaltestellen aus und haben kein Geld für einen Fahrgastunterstand auf den Aufstellflächen. Wir geben eine Million und mehr aus für einzelne Straßenbaumaßnahmen aus. Dabei werden in der Regel auch Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut.

Aber auch hier ist kein Geld für Fahrgastunterstände vorhanden. Neben der Vielzahl an Schülern, die Busse nutzen, fahren auch viele ältere Menschen, mit und ohne Behinderung im ÖPNV. Leider sucht man in der Regel vergeblich an Bushaltestellen nach Sitzgelegenheiten. Oftmals ist nicht einmal ein Papierkorb vorhanden.

Nicht nur die Barrierefreiheit, auch der Fahrgastunterstand, die Sitzgelegenheit und der Papierkorb zeichnen eine gute Bushaltestelle aus und machen den ÖPNV attraktiver. Auch das wäre ein Beitrag zur Verkehrswende."

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der im Hauptausschuss am 27.03.2023 beschlossene KVA für die Bauarbeiten zum barrierefreien Umbau von 12 Bushaltestellen in Höhe von:

	500.000,- € brutto
wird um	50.000,- € brutto
erhöht auf insgesamt	550.000,- € brutto

Die Verrechnung der Mehrkosten erfolgt auf der Investitions-Nr.: 5411000023

zu 6 Auftragsvergaben

zu 6.1 Tiefbauliche Arbeiten zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Bottenbacher Straße und Luitpoldstraße Vorlage: 1757/III/66.2/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 15.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Durchführung der tiefbaulichen Arbeiten zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Bottenbacher Straße und Luitpoldstraße, werden der Firma Jäger Tiefbau + Abbruch GmbH; Waldhambach, gemäß dem überprüften Angebot vom 05.09.2023 mit einer Auftragssumme von insgesamt:

131.131,65 € brutto übertragen.

Die Verrechnung der Kosten für die Baumaßnahme erfolgt über die Investitionsnummern 5416030008 und 5416030012

zu 6.2 Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2023
Vorlage: 1759/II/66.2/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 15.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für die Durchführung der tiefbaulichen Arbeiten zum barrierefreien Umbau von Bushaltestellen wird an die Firma Jäger Tiefbau + Abbruch GmbH Südpfalz; Waldhambach, zum Angebotspreis von

Brutto 464.289,29 € Euro

vergeben.

Die Verrechnung erfolgt über die Nummer 5411000023.

zu 7 Stadtwald; Änderung des § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages für die
Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH
Vorlage: 1740/II/67/2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Garten- und Friedhofamtes vom 05.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Änderung und Ergänzung des § 14 des Gesellschaftsvertrages für die Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH entsprechend dem Vorschlag der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) vom 22. Juli 2022 zu.

zu 8 Schulsozialarbeit an Gymnasien
Vorlage: 1750/II/50/2023

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Amtes für Jugend und Soziales vom 12.09.2023.

Ratsmitglied Bilic zeigt auf, die Stelle sei notwendig, da dies eine tolle Leistung für die Stadtgesellschaft darstelle. Er fragt an, weshalb die Stelle nicht weiterhin vom Land finanziert würde.

Der Vorsitzende erklärt, die Verwaltung sei von der Schulsozialarbeit an den Gymnasien überzeugt. Regelmäßig kämen Forderungen von den Landkreisen und kreisfreien Städten hinsichtlich der Förderung durch das Land, da diese Stellen sehr wichtig für die Schulen seien.

Ratsmitglied Heil teilt mit, da das Land die Stellen nicht weiter fördere, werde die Stadtratsfraktion AfD gegen den Beschluss stimmen.

Der Stadtrat beschließt bei 4 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat stimmt der dauerhaften Einrichtung der Stelle der Schulsozialarbeit an Gymnasien sowie der Finanzierung der Stelle über den städtischen Haushalt zu

zu 9 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der

zu 9.1 Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH; hier: Bestellung der Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2023

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 15.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An die Vertreter in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der einzelnen Unternehmen ergeht die Weisung, wie folgt zu beschließen:

Die Vertreter in den Gesellschafterversammlungen aller Unternehmen mögen die Göken, Pollack und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Würzburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 wählen.

zu 9.2 Bio-Energie Pirmasens GmbH; hier: Übertragung der öffentlichen Ladestruktur für E-Fahrzeuge in Pirmasens

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtwerke vom 30.06.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Bio-Energie Pirmasens GmbH ergeht die Weisung, gemäß nachfolgendem Beschluss zu handeln. Vertreter ist die Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH.

Zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wird der Übertragung der öffentlichen Ladefrastruktur für E-Fahrzeuge von der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH auf die Bio-Energie Pirmasens GmbH sowie der Ergänzung des Gesellschaftszwecks der Bio-Energie Pirmasens GmbH zugestimmt.

zu 9.3 Bauhilfe Pirmasens GmbH

zu 9.3.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2022

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 15.09.2023.

Er fügt hinzu, die Defizite würden aus hohen Ausgaben und Investitionen für die Sanierung von Wohnungen resultieren. Die Bauhilfe habe in den vergangenen Jahren viele Wohnungen renoviert. Nun sei man an den letzten Wohnungen. Diese müssten mit hohen Investitionen

saniert werden. Allerdings sei auch der Druck auf die Bauhilfe in den letzten zwei bis drei Jahren gestiegen, denn 90% der Wohnungen hätten Gas als Energieträger. Zudem würden der Stadt immer mehr Flüchtlinge zugewiesen werden, die ebenfalls ordentlich untergebracht werden müssten.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss für 2022 wird mit folgenden Ergebnissen entsprechend § 8 Absatz 1 d des Gesellschaftsvertrages festgestellt:

Bilanzsumme	41.056.709,66 EUR
-------------	-------------------

Jahresfehlbetrag	751.470,45 EUR
------------------	----------------

(Nachrichtlich: Der Jahresfehlbetrag von 751.470,45 EUR wird auf neue rechnung vorgetragen.)

zu 9.3.2 Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 15.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Geschäftsführer der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

zu 9.3.3 Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 15.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Dem Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Anmerkung der Protokollführung: Der Beigeordnete Clauer sowie die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß §22 GemO an der Beratung und Entscheidung über die Entlastung des Aufsichtsrates nicht teilgenommen.

zu 9.3.4 Verrechnung der Jahresergebnisse 2017 bis 2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Bauhilfe vom 15.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bauhilfe Pirmasens GmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Die auf neue Rechnung vorgetragenen und geprüften Jahresergebnisse 2017 bis 2022 werden miteinander verrechnet.

Der Restbetrag nach Verrechnung der Jahresergebnisse aus den Vorjahren wird mit EUR 307.607,70 festgelegt und auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 9.4 Rheinberger Besitzgesellschaft mbH & Co. KG

zu 9.4.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2022 Vorlage: 1748/Dez III/2023

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Dezernats III vom 12.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen, den Jahresabschluss 2022 mit einem Jahresfehlbetrag von 50.245,32 EUR der „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und den Lagebericht festzustellen und zu beschließen, dass das Ergebnis auf neue Rechnung vorgetragen wird.

zu 9.4.2 Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 Vorlage: 1749/Dez III/2023

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas und nimmt mit Beigeordnetem Clauer gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung der Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 der Rheinberger Besitzgesellschaft mbH & Co. KG nicht teil.

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Dezernats III vom 12.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung „Der Rheinberger“ Besitzgesellschaft mbH & Co. KG erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen, den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co.KG für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

Anmerkung der Protokollführung: Die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß §22 GemO an der Beratung und Entscheidung über die Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 nicht teilgenommen.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 9.5 Rheinberger Verwaltungsgesellschaft mbH

zu 9.5.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2022 Vorlage: 1751/Dez III/2023

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Dezernats III vom 12.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung „Der Rheinberger“ Verwaltungs-GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Gesellschafterversammlung wird vorgeschlagen, den Jahresabschluss 2022 mit einem Überschuss von 2.137,68 EUR der „Der Rheinberger“ Verwaltungs-GmbH und den Lagebericht festzustellen und zu beschließen, dass das Ergebnis auf neue Rechnung vorgetragen wird.

zu 9.5.2 Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 Vorlage: 1752/Dez III/2023

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas und nimmt mit Beigeordnetem Clauer gemäß §22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung der Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 der Rheinberger Verwaltungsgesellschaft mbH nicht teil.

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Dezernats III vom 12.09.2023.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung „Der Rheinberger“ Verwaltungs-GmbH erhält Weisung wie folgt zu votieren:

Der Gesellschafterversammlung wird empfohlen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der „Der Rheinberger“ Verwaltungs-GmbH für das Jahr 2022 Entlastung zu erteilen.

Anmerkung der Protokollführung: Die Aufsichtsratsmitglieder und deren Stellvertreter haben gemäß §22 GemO an der Beratung und Entscheidung über die Entlastung der Geschäftsführer sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2022 nicht teilgenommen.

Oberbürgermeister Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

zu 10 Anträge der Fraktionen

zu 10.1 Information zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 12.12.2022 bzgl. "Modernisierung/Überarbeitung städtischer Gedenkveranstaltungen" Vorlage: 0077/III/41.2/2023

Beigeordneter Clauer bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Informationsvorlage des Kulturamtes vom 14.09.2023.

Herr Felber führt aus, der Gedenktag zum Reichspogrom 1938 fände jährlich am 9. November statt. Diese Gedenkveranstaltung würde dieses Jahr durch einen Beitrag durch Schülerinnen und Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums erweitert. Auf Anregung des Stadtarchivs in Zusammenarbeit mit Frau Sieber, einer Lehrerin des Immanuel-Kant-Gymnasiums, würden Schülerinnen und Schüler unter dem Oberbegriff "Gedankensplitter" persönliche Erfahrungen vortragen, die sie während ihres Workshops zum Thema "Gurs" und ihrer anschließenden Fahrt zur Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof und der Synagoge in Straßburg gesammelt haben.

Vom 3. bis 5. Juli 2023 hätten insgesamt 67 Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse an diesem Workshop zum Thema "Gurs" beim Stadtarchiv teilgenommen. Der Workshop gehöre zu den Angeboten des Stadtarchivs und sei erstmals zum 80. Jahrestags der Deportationen nach Gurs im Jahr 2020 angeboten worden. Mittlerweile hätten auch weitere Schulen das Angebot angenommen, wie beispielsweise die Matzenbergschule sowie die Integrierte Gesamtschule Thaleischweiler-Fröschen. Bei diesem Workshop würden sich die Schülerinnen und Schüler mit der Situation der Jüdinnen und Juden in Pirmasens vor 1940, der Geschichte der jüdischen Gemeinde sowie der Verschickung nach Gurs auseinandersetzen. Anhand von Zeitzeugenberichten, von Bildmaterial aus Gurs und Zeichnungen der Lagerinsassen würden die Schülerinnen und Schüler die Lagerbedingungen kennen lernen und würden sich am Ende des Workshops in die Situation der Inhaftierten hineinsetzen, indem sie Briefe aus dem Lager schreiben.

Dieser Workshop könne als eintägige oder mehrtägige Veranstaltung beim Stadtarchiv gebucht werden. Zukünftig würde in den Workshop des Stadtarchivs die Thematik der Deportation nach Gurs, des Schicksals ehemaliger jüdischer Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulen oder Aspekte der politischen Verfolgung und dem Aufkommen der NSDAP in Pirmasens eigenständig in Beiträgen ausgearbeitet werden. Für die zukünftige Planung könnten auch diese Beiträge, neben der Form der "Gedankensplitter", als Grundlage der Beiträge zum Gedenktag am 9. November dienen. Für weitere Workshops im Jahr 2024 stünde man bereits in Absprache mit dem Immanuel-Kant-Gymnasium.

Der Arbeitskreis "Geschichte der Juden in Pirmasens" sei ein Teil des städtischen Gedenkprojekts. Dieser würde im Rahmen der personellen Möglichkeiten bei seiner Arbeit durch das Stadtarchiv unterstützt. Auch bei der Gedenkfeier am 9. November 2023 sei der Arbeitskreis ein fester Bestandteil. Nach eigenen Planungen des Arbeitskreises sollen Schülerinnen und Schüler eingebunden werden, die ebenfalls Beiträge vortragen. Zum Schluss würde Frau Streppel einen Leserbrief von dem jüdischen Mitbürger Paul Strauß verlesen.

Der Volkstrauertag gelte heute, nach seinem Gedenken an die Kriegstoten, als Mahnung zur Versöhnung, zur Verständigung und zum Frieden. Hierzu solle es aktive Projekte geben, die die Schülerinnen und Schüler für das friedensstiftende Anliegen des Volkstrauertages und die historisch-politischen Themen sensibilisieren. Erarbeitet werden sollen eigene Beiträge, mit

denen sich die Schülerinnen und Schüler tatsächlich identifizieren können und das Gefühl haben, der Volkstrauertag habe auch etwas mit ihnen zu tun. Daher würde sich der erste Vorschlag auf die eigenen familiären Hintergründe stützen. Viele würden das Schicksal ihrer Urgroßväter nur noch ungefähr kennen. In der Familie würde erzählt, dass der Urgroßvater und vielleicht auch schon der Urgroßvater im 1. oder 2. Weltkrieg im Kriegsdienst gewesen sei. Näheres sei oftmals nicht bekannt.

Im Stadtarchiv biete sich die Möglichkeit einer Spurensuche. Im Archiv könnten die Schülerinnen und Schüler auf die Suche nach ihren Vorfahren gehen. Über Quellen wie Meldebücher und Personenstandsunterlagen könnten allgemeine Angaben, wie zum Beispiel die Lebensdaten, die Berufe und Wohnorte, recherchiert werden, ebenso wie lange der Militärdienst dauerte und in welcher Einheit ihr Vorfahren gewesen sei. Die Ergebnisse könnten schließlich in einer Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag oder beispielsweise im Carolinensaal am Alten Friedhof als Ausstellung präsentiert werden.

Für Kunstklassen sei als zweiter Vorschlag auch ein Projekt zur gestaltenden Auseinandersetzung mit Krieg und Gewalt möglich. Dem Stadtarchiv sei auch das Stadtmuseum angeschlossen, wo die künstlerischen Arbeiten gezeigt werden könnten. Ein ähnliches Kunstprojekt sei 2021 unter dem Titel "Gegen das Vergessen: Ausstellung gedenkt Holocaust-Opfer" gemeinsam mit dem Hugo-Ball Gymnasium und dem Immanuel-Kant-Gymnasium initiiert worden. Diese Aktion sei in enger Zusammenarbeit mit den Kunstpädagogen Heike Dasch und Matthias Jann entstanden. Die Kunstklassen hätten anhand der Biografien deportierter und ermordeter Pirmasenser Jüdinnen und Juden, dem Leben der Betroffenen nachgespürt und sich intensiv damit auseinandergesetzt. Die Basis hätten Schwarz-Weiß-Passbilder gebildet, die im Jahr 1938 angefertigt worden seien. Daraus seien eindrucksvolle Arbeiten entstanden, die einerseits das reine Portrait in einer modernen künstlerischen Bearbeitung zeigten und andererseits die aus den Biografien und durch eigene Recherchen gewonnenen Erkenntnisse in die Bildgestaltung einfließen ließen. Für die Außendarstellung seien zehn Arbeiten ausgewählt und an die Fenster des Alten Rathauses montiert worden. In den Ausstellungsräumen des Stadtmuseums seien weitere 47 Schülerarbeiten ausgestellt worden.

Des Weiteren stünde das Stadtarchiv in Kontakt mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern der Ortsbezirke von Pirmasens. Auf Anregung von Christian Mühlbauer, Ortsvorsteher Fehrbach, könnten ebenfalls freie Beiträge in die Gestaltung des Volkstrauertages einfließen, wie beispielsweise in Form einer kritischen Reflexion des Begriffs "Frieden" in heutiger Zeit. Ein solcher Beitrag, der schulintern erarbeitet und am Volkstrauertag vorgetragen werde, könnte den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben werden, ihre eigenen Gedanken einzubringen und die Vermittlung zwischen den Generationen zu fördern.

Für beide Veranstaltungen, der Gedenkfeier am 9. November und den Volkstrauertag sei sichergestellt, dass das Projekt auch in Zusammenarbeit mit anderen Schulen fortgeführt würde. Das Stadtarchiv befinde sich hierzu bereits im Austausch. Insbesondere seien die Vorschläge zum Volkstrauertag an alle Pirmasenser Schulen verschickt worden. Durch die Kooperationen sollen die Themen mehr in die Bevölkerung getragen werden und dazu führen, dass auch mehr Personen zu den Veranstaltungen kommen.

Ratsmitglied Faroß-Göller zeigt auf, in dem Konzept würde viel Herzblut stecken. Hierfür danke sie dem Stadtarchiv sowie dem Arbeitskreis. Ebenfalls sei es gut, dass die Lehrkräfte das Projekt unterstützen würden. Die Veranstaltungen würden bisher bereits ansprechend gestaltet, sollten jedoch weiterentwickelt werden.

Ratsmitglied Hussong erklärt, zum Volkstrauertag würde der globale Bezug fehlen. Es sei wichtig, auf die weltweiten Kriege aufmerksam zu machen. Hier würden Anknüpfungspunkte fehlen.

Der Vorsitzende führt aus, die Gedenkveranstaltungen würden weiter ausgebaut.

Ratsmitglied Wölfling ergänzt, auch der Ukraine-Krieg oder weitere Völker sollten bei der Gedenkarbeit integriert werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, mit den heutigen Ausführungen sei der Antrag erledigt.

zu 10.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 14.09.2023 bzgl. "Schwimmsport für Vereine und Schulsport sichern"

Ratsmitglied Scheidel begründet den Antrag (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) laut Antragsbegründung.

zu 10.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 14.09.2023 bzgl. "Schließung Hallenbad"

Ratsmitglied Hussong begründet den Antrag (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) laut Antragsbegründung.

Der Vorsitzende zeigt auf, zu diesem Thema sei es nach den Berichtserstattungen in den Zeitungen zu Irritationen gekommen. Daher würden der zuständige Dezernent und Aufsichtsratsvorsitzende Maas und der Geschäftsführer der Stadtwerke Pirmasens Herr Dörr die Situation erklären.

Bürgermeister Maas bedankt sich für die Anträge sowie die Ausführungen der Ratsmitglieder. Er bittet zu entschuldigen, dass es aufgrund der irreführenden und missverständlichen Kommunikation zu Irritationen in der Bevölkerung und besonders auch zu Verunsicherungen der Vereine gekommen sei. Daher sollten nun die Verunsicherungen aufgelöst werden. Hintergrund sei der Betrieb des Kombi-Bades. In der Vergangenheit habe die Freibadsaison Anfang Mai begonnen und Anfang September geendet.

Mit Ausnahme der Sommerferien sei dazu das Hallenbad geöffnet gewesen. Die Schließzeit des Hallenbades während des Sommers würde für die wichtigen Revisions- und Instandsetzungsmaßnahmen im Bereich des Hallenbades benötigt. Dies Arbeiten ließen sich während des laufenden Schwimmbadbetriebes nicht durchführen. Nun sei es allerdings so, dass einige größere Instandsetzungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Betonsanierungen und Maßnahmen für den baulichen Brandschutz durchgeführt werden müssten, die durchaus über die 6 Wochen-Regelschließzeit hinausgingen. In der Vergangenheit sei bereits mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen worden. Die Durchführung sei in Teilmaßnahmen erfolgt, die in den 6 Wochen zu bewerkstelligen waren.

Nun sei man aber an einem Punkt, in dem diese baulich umfangreichen Maßnahmen anstünden. Vor diesem Hintergrund seien die Vereine im Frühjahr dieses Jahres schriftlich über die verlängerte Schließzeit im Sommer 2023 informiert worden. Wichtig sei zu sagen, dass es sich nicht um eine dauerhafte und endgültige Schließung des Kombibades handele, sondern um die notwendige Schließzeit zur Umsetzung der baulich zwingend erforderlichen Maßnahmen. Sobald diese abgeschlossen seien, würde wieder zum Regelbetrieb zurückgekehrt. Sollte die Schließzeit aufgrund der notwendigen Bauarbeiten verlängert werden, müsse im Vorfeld, mit entsprechender Vorlaufzeit, eine akzeptable aber auch praktikable Lösung mit allen Vereinen im beidseitigem Einvernehmen gefunden werden. Vorschläge hierfür fänden sich bereits in den vorgestellten Anträgen und weitere würden noch gefunden werden.

Herr Dörr teilt mit, er habe den Ausführungen von Bürgermeister Maas nichts hinzuzufügen. Allerdings sei der Runde Tisch sehr hilfreich und verlief sehr gut. Weiterhin hätten die Stadtwerke Hausaufgaben erhalten, die sie nun abarbeiten müssten. Ein wichtiges und großes Thema sei in Zukunft der Brandschutz und der Umbau der Kabinen. Aktuell könne allerdings nicht an dem Brandschutzkonzept gearbeitet werden, da das Planungsbüro gehackt worden sei. Diese hätten momentan keinen Zugriff auf die Informationen. Gegebenenfalls müsse sogar ein neues Brandschutzkonzept erarbeitet werden. Der Stadtrat bilde die Leitplanken für die Stadtwerke. An dieser Leitplanke würde sich die Stadtwerke entlang hangeln. Auch würde der Aufsichtsrat wissen, wie aktuell die Vereine und alle anderen Beteiligten informiert würden.

Bürgermeister Maas betont, die Schließung des Komi-Bades soll nur für die Sanierungen erfolgen. Die Schließung von 6 Wochen sollte eingehalten werden, allerdings könnte durch Lieferverzögerungen von Baumaterialien diese Schließung länger andauern, jedoch nicht länger als weitere 1-2 Wochen. Sollte eine Verlängerung der Schließung erfolgen, würden die Vereine frühzeitig informiert.

Ratsmitglied Hussong erklärt, eine Verzögerung bei der Lieferung von Baumaterialien müsste im Vorfeld miteingeplant werden.

Bürgermeister Maas erwidert, eine unerwartete Verzögerung im Baugeschäft könne immer passieren.

Ratsmitglied Bachert erläutert, er sei über die Anträge überrascht gewesen, denn der Aufsichtsrat sei von Herrn Dörr ausführlich über die Schließung in den Sommerferien und der Einsparung von Ausgaben bei den Stadtwerken informiert worden. Auch wenn eine enorme Aufgabe auf die Stadtwerke zukomme, würde Herr Dörr das hinbekommen.

Ratsmitglied Dr. Matheis teilt mit, in der heutigen Sitzung habe man viel von Kommunikationsproblemen gehört, weshalb er froh über die Ausführungen der Stadtspitze sei. Die Stadtwerke hätten eine 3-gliedriges Spannungsverhältnis und müssten marktfähige Preise anbieten, denn sonst würden diese noch mehr Kunden verlieren, da diese in Konkurrenz mit anderen Anbietern stünden. Die Versorgungs GmbH würde die Verlustgeschäfte, wie zum Beispiel des ÖPNV und des PLUB, finanzieren. Ebenfalls stünden die Stadtwerke in einem Transformationsprozess. In Zukunft könnten die Stadtwerke nicht mehr mit einem großen Gewinn rechnen in dem sie Energie verkaufen. Auch würden die Zuschussbedarfe nicht geringer werden, weshalb die Investitionen verringert oder die Abgaben beziehungsweise Verkäufe erhöht werden müssten. Der Stadtrat und die Stadtspitze müssten sich Gedanken machen, wie es zukünftig mit den Stadtwerken weitergehen solle.

Ratsmitglied Hussong schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Matheis. Das Geld, das in das PLUB fließe fehle an anderer Stelle. Die Aussage, dass der Aufsichtsrat ausführlich informiert worden sei, verstehe er nicht, da dies Sache des Stadtrates sei. Wichtig sei es, die Ausrichtung und die Entwicklung der Stadtwerke im Stadtrat zu diskutieren. Des Weiteren hoffe er, dass alle Ratsmitglieder Kunden bei den Stadtwerken seien.

Der Vorsitzende führt aus, die Stellung des Stadtrates, der Ratsmitglieder und der Stadtspitze seien in der heutigen Sitzung aufgezeigt worden. Die Anträge seien durch die Ausführungen von Bürgermeister Maas und des Geschäftsführers Herrn Dörr somit erledigt. Die Finanzierbarkeit würde in einer der nächsten Sitzungen besprochen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 11 Anfragen und Informationen

zu 11.1 Beantwortung von Anfragen

zu 11.1.1 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Stadtratssitzung vom 12.12.2022 bzgl. „Schottergärten“

Der Vorsitzende erklärt, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 11.1.2 Anfrage Ratsmitglied Welker in der Stadtratssitzung vom 10.07.2023 bzgl. „Kostenlose Beförderung am Seniorennachmittag“

Der Vorsitzende erklärt, die Beantwortung der Anfrage (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 11.2 Informationen

**zu 11.2.1 Unterrichtung des Stadtrates gemäß § 21 GemHVO - Halbjahresbericht über den Stand des Haushaltsvollzugs 2023
Vorlage: 0075/II/20/2023**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Informationsvorlage der Finanzen vom 08.09.2023.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 11.2.2 Information über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge

Der Vorsitzende zeigt auf, die Information über die im Wege der Vergabeermächtigung erteilten Aufträge (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) sei den Ratsmitgliedern vor der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt worden.

Der Stadtrat nimmt zustimmend Kenntnis.

zu 11.2.3 Information Öffnung Gersbacher Straße Winzeln

Bürgermeister Maas führt aus, die Gersbacher Straße sei am 19.09.2023 offiziell eröffnet worden. Somit sei die Maßnahme 3 Monate früher als geplant fertig gestellt worden.

Alle Anfragen, die sich auf den Ausbau der Gersbacher Straße bezogen hätten, seien mit der Öffnung beantwortet und abgeschlossen.

zu 11.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 11.3.1 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 06.07.2023 bzgl. "Horeb"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) würde in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werden.

zu 11.3.2 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.09.2023 bzgl. "Schnellladesäulen für E-Autos"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) würde in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werden.

zu 11.3.3 Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.09.2023 bzgl. "Umwandlung von Vorgärten in Parkplätze"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Anfrage (siehe Anlage 9 zur Niederschrift) würde in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werden.

zu 11.3.4 Anfrage Ratsmitglied Wölfling bzgl. "Berichterstattung Schlabbeflickerfestival"

Ratsmitglied Wölfling bittet in einer der nächsten Sitzungen über das vergangene Schlabbeflickerfestival zu berichten und gegebenenfalls einen Ausblick für das nächste Festival zu geben.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

zu 11.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Deny bzgl. "Fahrbahnverschwenkung in der Alleestraße in Höhe der Landgraf-Ludwig-Realschule plus"

Ratsmitglied Deny zeigt auf, durch das Bauvorhaben der Landgraf-Ludwig-Realschule plus sei eine Fahrbahnverschwenkung notwendig gewesen. Nun sei berichtet worden, dass diese Verschwenkung nach Abschluss des Bauvorhabens beibehalten werden soll. Er bittet um Überprüfung.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 11.3.6 Anfrage Ratsmitglied Schwarz bzgl. "Sportvereine im demografischen Wandel"

Ratsmitglied Schwarz erklärt, aufgrund des demografischen Wandels würden sich immer mehr Sportvereine auflösen. In den Satzungen sei oft geregelt, dass das Vermögen dann an die Stadt übertragen würde. Er fragt an, ob diese Mittel für die Umsetzung des beantragten Calisthenicpark eingesetzt werden könnte.

Beigeordneter Clauer teilt mit, ein Calisthenicpark solle in den nächsten Monaten umgesetzt werden, allerdings nicht am Eisweiher, sondern am Sportpark Husterhöhe. Der Zeitplan würde in einer der kommenden Sitzungen vorgestellt.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 16.52 Uhr.

Pirmasens, den 22. Dezember 2023

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung